

**Brot für die Welt Jugend
WPSEU 124/2019**

Berlin, 8. Mai 2019

Flucht/Migration: sichere Fluchtwege, europäische Solidarität

2018 starben mehr als 2.200 Menschen im Mittelmeer auf dem Weg nach Europa. Wie wollen Sie sich auf EU-Ebene für sicherere Fluchtwege einsetzen und europäische Staaten dazu bringen, die Verantwortungen der Migration in Europa unter sich aufzuteilen?

Antwort:

Flucht und Vertreibung nehmen weltweit zu und machen an den Grenzen Europas nicht halt. Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht. Wir wollen, dass sich alle Mitgliedsstaaten Europas ihrer humanitären Verantwortung stellen und flüchtenden Menschen in Not Schutz und Zuflucht bieten. Europa muss Fluchtursachen bekämpfen und nicht Flüchtlinge. Wir wollen legale Einwanderungsmöglichkeiten als Grundlage einer geordneten Zuwanderung schaffen. Wir wollen die Ausweitung des EU-Resettlement-Programms und verbindliche Umsetzung der Kontingentziele in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR). Die kontrollierte Aufnahme von Flüchtlingen in den europäischen Staaten verbessert die Lebensumstände aller Schutzsuchenden in den Flüchtlingslagern des UNHCR. Migrationspartnerschaften, bei denen Staaten außerhalb der EU nur dafür bezahlt werden, Migrantinnen und Migranten an der Durchreise zu hindern, lehnen wir ab.

Wir wollen mehr europäische Regeln für legale Zuwanderung schaffen. Auch um das Sterben auf dem Mittelmeer und auf anderen Fluchtrouten zu beenden, brauchen wir einheitliche und einfache Regelungen für legale Zuwanderung nach Europa, die sich nicht ausschließlich an ökonomischen Kriterien orientieren. Als Vorbild kann hier die deutsche Regelung für eine vereinfachte Arbeitsmigration für den Westbalkan dienen.

Wir wollen humanitäre Visa für Europa. Für Schutzsuchende wird der Weg nach Europa oft zum Grab. Wir wollen, dass das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) ein Konzept für gemeinsame europäische humanitäre Visa im Rahmen einer vorbehaltlich legalen Zuwanderung vorlegt. Zudem fordern wir alle Mitgliedsstaaten auf, ihren Beitrag für eine leistungsfähige Seenotrettung im Mittelmeer zu leisten. Wir wollen, dass die EU die

Seenotrettung stärker koordiniert und die Mitgliedsstaaten dabei finanziell, technisch und personell unterstützt. Private Hilfsorganisationen dürfen nicht kriminalisiert werden; sie sollen aufgenommene Flüchtlinge unmittelbar in europäische Häfen ausschiffen dürfen. Wir lehnen die Idee von „Ausschiffungsplattformen“ in den nordafrikanischen Transitländern ab.

Unternehmensverantwortung/Kinderarbeit

Weltweit gibt es 168 Millionen Kinder, die, anstatt die Schule zu besuchen, in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen gefangen sind. Diese schädigen ihre körperliche, geistige und seelische Entwicklung und sind zum Teil lebensgefährlich. Diese inakzeptablen Verhältnisse werden dadurch verstärkt, dass durch Kinderarbeit produzierte Produkte hier nach Europa importiert werden. Was werden Sie unternehmen, um allen Kindern ein kindgerechtes Leben zu ermöglichen?

Antwort:

Europa muss sich als Ganzes der Bekämpfung von Menschenhandel, Zwangsarbeit, schwerwiegenden Arbeitsunfällen und Kinderarbeit verschreiben und die Initiative Alliance 8.7 gemeinsam unterstützen. Wir wollen einen EU-Aktionsplan „Menschenwürdige Arbeit in globalen Lieferketten“ (ähnlich wie in Deutschland) in der Verantwortung der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration verankern. Sorgfaltspflichten und verantwortliches Unternehmenshandeln in globalen Lieferketten müssen verbindlich werden. Alle Mitgliedsstaaten sollen verpflichtet werden, mit nationalen Aktionsplänen verantwortliches Unternehmenshandeln in globalen Lieferketten zu stärken.

Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass Handelsabkommen bindende Kapitel zur nachhaltigen Entwicklung enthalten. Menschenrechte und internationale Vereinbarungen wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) oder das sogenannte COP21-Klimaabkommen müssen umgesetzt werden. Bei ihrer Verletzung sollen Sanktionen greifen. Um den Welthandel insgesamt ökologischer, sozialer und transparenter zu gestalten, muss unser Augenmerk wieder auf multilaterale Verträge gerichtet werden. Dazu muss die WTO gestärkt und umgebaut werden. Wir wollen innerhalb der internationalen Organisationen und darüber hinaus eine Weltwirtschaftsordnung schaffen, die den Staaten des globalen Südens eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung auch durch Beteiligung am Welthandel ermöglicht und bestehende Machtasymmetrien im internationalen Handel beseitigt. Dazu gehört, dass die EU verzerrende Subventionspraktiken beendet.

In Europa führen wir mit der europäischen „Kindergarantie“ ein Instrument ein, um Kinderarmut zu beenden. Im Europäischen Parlament konnten wir mit dafür sorgen, dass hierfür zusätzliche Mittel in Höhe von 5,9 Milliarden Euro beschlossen wurden. Hierdurch wollen wir allen Kindern den Zugang zu Bildung, eine gute Gesundheitsversorgung und den Zugang zu guten Nahrungsmitteln zukommen lassen.

Bildung: politische Bildung, globales Lernen

Politische Bildung für alle Menschen unabhängig von sozialer Herkunft ist die Grundlage einer demokratischen Gesellschaft und eines vereinten Europas. Wie kann auf europäischer Ebene ein politisches Bildungsprogramm realisiert werden, dass möglichst viele Menschen erreicht?

Antwort:

Wir wollen die politische Bildung in Europa verbessern. Die Anforderungen an politische Bildung steigen, auch und gerade in Europa. Deshalb gilt es, die Angebote der politischen Bildung zu stärken – in den Schulen, in der außerschulischen Jugendbildung und auch in der Erwachsenenbildung. Vor allem wollen wir hier die Zivilgesellschaft stärken, damit sie europäische Debatten begleiten, kommentieren und einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt in Europa leisten kann.

Wir wollen, dass alle jungen Menschen vom Erasmus-Programm profitieren. Mehr von ihnen sollen die Möglichkeit bekommen, durch Austauschprogramme den Alltag in einem anderen europäischen Land kennen zu lernen. Alle jungen Europäerinnen und Europäer sollen eine Fördermöglichkeit bekommen. Dafür wollen wir die Finanzmittel des erfolgreichen Programms „Erasmus+“ in der nächsten Förderperiode verdreifachen, das Programm stärker bewerben und es vor allem auch für Azubis und sozial benachteiligte junge Menschen öffnen. Zugleich werden die Möglichkeiten zum Schulaustausch und zum Austausch zwischen Jugendverbänden stärker unterstützt. Dabei soll Jugendlichen mit Behinderung der Zugang zu diesem Programm sowie dem Europäischen Solidaritätskorps besser ermöglicht werden.

Klima

Nordamerika und Europa haben weltweit den größten ökologischen Pro-Kopf-Fußabdruck. Jedoch sind die Folgen des Klimawandels in Ländern des Globalen Südens momentan am meisten spürbar. Wie sorgen Sie dafür, dass die Länder im Globalen Süden, die jetzt schon unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden, von der EU als Hauptverursacher von Treibhausgasemissionen, entschädigt und unterstützt werden?

Antwort:

Die SPD steht für eine Politik, die aus Verantwortung für die nachfolgenden Generationen den Klima- und Umweltschutz konsequent verstärkt. Für uns sind die 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der Agenda 2030 der Vereinten Nationen das Leitbild unseres europapolitischen Handelns, weil nur so die aktuellen ökonomischen, ökologischen, sozialen und internationalen Politikbereiche gemeinsam angegangen und gelöst werden können.

Um das Ziel des Pariser Abkommens zu erreichen, unterstützen wir eine Anhebung des europäischen Klimaschutzziels auf mindestens 45 Prozent Treibhausgasminderung bis 2030 (Basisjahr 1990) sowie das langfristige Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050. Wir wollen ambitionierte Schritte zur schnelleren Umstellung des Energiemixes hin zu mehr erneuerbaren Energien in ganz Europa vereinbaren. Dazu gehört, das Funktionieren des europäischen Emissionshandels weiterhin sicherzustellen, aber auch die Einführung eines CO₂-Preises für die Sektoren, die nicht in den Emissionshandel einbezogen sind.

Wir wollen die Initiative für eine neue Nord-Süd-Strategie ergreifen. Die Beziehungen Europas mit seinen internationalen Partnern vor allem auf dem afrikanischen Kontinent müssen stärker an den Prinzipien der Menschenrechte, der Friedenssicherung, der nachhaltigen Entwicklung und der Überwindung struktureller Ungleichheiten neu ausgerichtet werden. Um die weltweite Umsetzung der Pariser Klimaziele zu intensivieren, wollen wir die Bedeutung und die Kapazitäten der Klimadiplomatie Europas ausbauen.

Um den Welthandel insgesamt ökologischer, sozialer und transparenter zu gestalten, muss unser Augenmerk wieder auf multilaterale Verträge gerichtet werden. Dazu muss die WTO gestärkt und umgebaut werden. Wir wollen innerhalb der internationalen Organisationen und darüber hinaus eine Weltwirtschaftsordnung schaffen, die den Staaten des globalen Südens eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung auch durch Beteiligung am Welthandel ermöglicht und bestehende Machtasymmetrien im internationalen Handel beseitigt. Dazu gehört, dass die EU verzerrende Subventionspraktiken beendet.

Jugendpartizipation

Bei der letzten Europawahl 2014 haben gerade einmal 39,6% der unter 21-Jährigen Wahlberechtigten und 35,3% der 21-24-jährigen ihr Kreuz gesetzt. Was für Partizipationsmöglichkeiten planen Sie für diese Zielgruppe und wie wollen sie junge Menschen stärker in den EU-Diskurs einbinden?

Antwort:

Für junge Menschen ist Europa kein fernes Projekt mehr, sondern eine Realität und ein Lebensgefühl: eine gemeinsame Währung, freies Reisen, Lernen, Studieren und Arbeiten, das Schließen von Freundschaften über alle Grenzen hinweg. Zu tausenden organisieren sie sich für ein starkes, demokratisches und solidarisches Europa. Die Europäische Union muss diesen Einsatz unterstützen und junge Menschen einbinden. Gemeinsam mit ihnen und für sie müssen wir alle zusammenstehen und die Demokratie in Europa verteidigen. Junge Europäerinnen und Europäer müssen ein Mitspracherecht haben und befähigt werden, ihre Zukunft zu gestalten und aktive Bürgerinnen und Bürger zu werden.

Hierfür wollen wir Das Wahlrecht mit 16 Jahren einführen. Wie in Deutschland bei der Bundestagswahl wollen wir mehr junge Menschen an Wahlen beteiligen. Wir wollen nicht über sie entscheiden, sondern mit ihnen. Dafür senken wir die Altersgrenze, ab der man wählen kann, auf 16 Jahre.

Zudem wollen wir die europäische Jugendbeteiligung stärken. Die EU-Jugendstrategie stellt einen Rahmen dar, in dem die Jugendpolitik strukturell und ressortübergreifend gestärkt wird. Der EU-Jugenddialog, der federführend von Jugendorganisationen umgesetzt wird, muss als Partizipationsinstrument Wirkung entfalten und junge Menschen verbindlich beteiligen. Die von jungen Menschen erarbeiteten EU-Jugendziele sind eine einmalige Gelegenheit, die Beteiligung junger Menschen in den europäischen Gesetzgebungsprozess einfließen zu lassen.

Mit der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) können Bürgerinnen und Bürger die Europäische Kommission auffordern, eine Gesetzesinitiative zu ergreifen. Wir wollen die Reform der EBI zügig voranbringen. Vor allem wollen wir das Mindestalter für eine Beteiligung auf 16 Jahre absenken.

In Gesetzgebungsverfahren soll mehr auf die europäische Zivilgesellschaft gehört werden. Wir wollen im europäischen Gesetzgebungsprozess zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Vereinen, NGOs, Jugendringen und -verbänden, Projekten und Initiativen eine transparente und chancengleiche Einbindung ermöglichen. Uns geht es um einen gleichberechtigten Dialog aller Partner und Partnerinnen.